

„Laufzeitverlängerung nicht ausschließen“

Drohende Engpässe in der Stromversorgung und Preissteigerungen für die Chemiebetriebe der Region mit ihren rund 20 000 Arbeitsplätzen: Die Bayerischen Chemieverbände haben mit einem Positionspapier an die Staatsregierung deutlich auf die Risiken für die Standorte hingewiesen. Dr. Günter von Au, Vorstandsvorsitzender der Bayerischen Chemieverbände, erklärt, warum.



In Sorge um Standorte und Basis von Wirtschaft und Wohlstand angesichts absehbarer Strom-Engpässe: Dr. Günter von Au, Vorstandsvorsitzender der Bayerischen Chemieverbände. – Foto: Clariant

Herr Dr. von Au: Warum ist die chemische Industrie so sehr in Sorge wegen der Stromversorgung – in Qualität, Quantität und bei den Preisen in Bayern?

Dr. Günter von Au: Es geht hier um die Zukunft unserer Gesellschaft im ganzen Land. Wie wollen wir leben? Und vor allem auch: **Wovon wollen wir leben?** Das sind zentrale Fragen. Wir sollten nicht vergessen, dass eine starke Wirtschaft die Basis unseres Wohlstandes ist. Und diese Stärke gründet sich in Deutschland vor allem auf eine starke Industrieproduktion. Die Industriequote in Deutschland liegt bei rund 23 Prozent, in Bayern sogar noch höher, bei 27 Prozent. Wollen wir, wir alle, das wirklich in Frage stellen?

Aber auch dieses Thema müssen wir nüchtern betrachten und dürfen die Fakten nicht aus den Augen verlieren. Selbstverständlich ist Klimaschutz ein sehr hohes und überlebenswichtiges Ziel. Wir dürfen uns aber nicht verleiten lassen, die komplexen Zusammenhänge, die das Weltklima beeinflussen, außer Acht zu lassen. Ich will hier nicht die Rechnung aufmachen, dass in der Zeit, in der wir in Deutschland CO₂ reduzieren ein Vielfaches an CO₂ dazu kommt, vor allem, wenn die Produktion aus Deutschland in Länder verlagert wird, die unseren Wohlstand anstreben, aber bei weitem nicht unsere Standards haben.

land die nachhaltigste Wertschöpfung. Was De-Industrialisierung bedeutet, das kann man vor allem dort beobachten, wo die produzierende Industrie in den vergangenen Jahrzehnten verschwunden oder wo es nicht gelungen ist, eine Industrie aufzubauen.

Sehen Sie denn in der Politik diese Erkenntnisse und Vorgaben umgesetzt?

Von Au: Ich antworte jetzt mal mit einer Gegenfrage: Sehen Sie die Vorgaben umgesetzt? Zum Beispiel in der Infrastruktur? Wir ringen doch seit Jahrzehnten, gerade in der Anbindung des Bayerischen Chemiedreiecks, um die notwendigen Straßennetze und Investitionen in den Bahnausbau. Über weite Strecken ist außerdem der Verfall der Infrastruktur unübersehbar. Defizite im Neubau, wie zum Beispiel beim Flughafen Berlin, mag ich hier nicht weiter ausführen. Eine Elektrifizierung der Bahnstrecken wäre übrigens ein deutlicher Beitrag zu umweltfreundlichem Verkehr und zu mehr Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit in der Wirtschaft.

Sie nennen Innovationen und Elektrifizierung. Woran denken Sie in diesem Kontext?

Von Au: Gerade die chemische Industrie liefert seit langem Lösungen. Denken Sie an das Silicium, das erst die Photovoltaik, die Nutzung von Sonnenstrom ermöglicht. Oder denken Sie an das Silicium, ohne das die digitale Welt nicht vorstellbar wäre. Auch in der Nutzung von Wasserstoff als Energieträger, in der Gewinnung durch Hydrolyse, in der Nutzung von CO₂ und Folgeproduk-

ten als Energieträger steckt enormes Potenzial. Wir sind hier sehr weit gekommen.

Nach der Kernkraft: „Wie soll der Wegfall ausgeglichen werden?“

Aber die Frage nach der Stromversorgung scheint ungelöst.

Von Au: Die scheint vor allem in naher Zukunft offen. 37 Prozent der Bruttostromerzeugung in Bayern stammt 2017 noch aus der Kernkraft, rund 44 Prozent aus erneuerbaren Energieträgern. Vor allem aus Wasserkraft, Photovoltaik, Biomasse und Windkraft. Etwa zehn Prozent entfallen auf Erdgas. Und jetzt müssen Sie kalkulieren, dass nach 2021 diese 37 Prozent der grundlastfähigen Bruttostromerzeugung von einem Tag auf den anderen wegfallen sollen. Wie soll dieser Wegfall ausgeglichen werden?

Mit Erdgas? Oder mit dem Ausbau der regenerativen Energien?

Von Au: Das klingt zunächst nach guten Ideen, scheitert aber in der Praxis. Erdgas ist zwar ein guter Energieträger, könnte für die Industrie eine Grundlastversorgung sicherstellen, ist aber zugleich der teuerste Energieträger mit wenig Marktchancen. Und eine Subventionierung, um die Energiekosten marktfähig zu halten, hätte wohl nach europäischen Richtlinien keine Chance. Ein Aufbau von regionalen und regenerativen Energieversorgern in der Größenordnung, wie sie im Augenblick noch von der Kernkraft geleistet wird, ist nicht vorstellbar. Die Wasserkraft ist weitgehend ausgereizt. Das hat die Politik auch schon vor-

IM PORTRAIT

Günter von Au ist Chemiker, Dipl. Ing. (FH Reutlingen), Dr. rer. nat. (Uni Tübingen) und in verschiedenen Aufsichtsräten, Beiräten und in Private-Equity-Unternehmen aktiv. Von 1981 bis 2001 war er in verschiedenen Funktionen bei der Wacker Chemie tätig, auch als Vorsitzender der Geschäftsführung der Wacker Polymer Systems. 2001 bis 2012 trug er unternehmerische Verantwortung bei Süd-Chemie AG.

Seit 2012 ist Dr. von Au Verwaltungsrat der Clariant AG, Schweiz, zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der Stada AG, Bad Vilbel; der Synlab International GmbH, München; und der CeramTec GmbH, Plochingen. Daneben hält er Funktionen in Beiräten von Familienunternehmen wie Röchling SE, Mannheim; Bärlocher GmbH, Unterschleißheim; und Tyczka GmbH, Geretsried sowie im Aufsichtsrat des Bayernwerkes, Regensburg.

Günter von Au ist Vorsitzender des Vorstands der Bayerischen Chemieverbände und prägte den Satz: „Wer Infrastruktur sät, wird Arbeitsplätze ernten.“ – ede

dass wir relativ neue Kernkraftwerke in Deutschland und vor allem in Bayern abschalten, um dann doch Strom aus älteren und vielleicht auch wenig sicheren Kernkraftwerken in Nachbarländern zu beziehen?

Aber warum hat man dann den Ausstieg beschlossen?

Von Au: Es ist keine Entscheidung der Wirtschaft, aber die Entscheidung zum doch wieder vorgezogenen Atomausstieg mit den jetzt geltenden Abschaltzeiten ist, wenn man ehrlich ist, ohne Konzept getroffen worden. Deswegen muss man jetzt gegebenenfalls neu nachdenken, ob eine Laufzeitverlängerung sinnvoll ist. vbw-Präsident Gaffal hatte bereits darauf hingewiesen. Und vor dem Hintergrund, dass wir ja nach der Abschaltung von Ohu auf Strom aus älteren und vielleicht auch weniger sicheren ausländischen Kernkraftwerken angewiesen sein werden, sollte man eine Laufzeitverlängerung, bis die Leitungen fertig gestellt sind, jedenfalls nicht ausschließen.

Energiewende: „Überstürzt und ohne Lösungsansätze“

Was hätte man denn besser machen können? Sie tragen doch Verantwortung in einem Schweizer Chemiekonzern.

Von Au: Die Beschlüsse zur sogenannten Energiewende waren viel zu überstürzt, ohne konkrete und realistische Lösungsansätze.

Die Kosten der Energiewende werden auf 500 Milliarden bis zu einer Billion, also 1000 Milliarden, Euro gehandelt. Die Schweiz hat auch den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen, sich aber eine realistische Zeitspanne gesetzt, bis die Alternativen großtechnisch funktionieren, zum Beispiel durch den Bau von Speicherseen.

In diesem Punkt hat die Politik in Deutschland unverantwortlich gehandelt.

Was sollte denn jetzt in Deutschland und Bayern geschehen?

Von Au: Jetzt ist es an der Politik, den gewählten Weg der Stromleitungen aus dem Norden in den Süden konsequent und mit Nachdruck zu bauen und keinesfalls die Strompreise für die produzierende Industrie zusätzlich mit Abgaben zu belasten, sondern sie marktfähig nach den Maßstäben des Weltmarktes zu halten. Die Konsequenzen, die keiner will – kein Unternehmer, kein Arbeitnehmer und wahrscheinlich auch kein Politiker, hat Vorstandsvorsitzender Rudolf Staudigl bereits in der Bilanzpressekonferenz der Wacker Chemie AG genannt. Sonst werden energieintensive Industrien, mit ihnen Arbeitsplätze und die Wertschöpfung abwandern.

Interview: Dr. Ernst Deubelli

Diskussion dreht sich nicht darum, woher der Wohlstand kommt

Die öffentliche Diskussion scheint nicht gerade in diese Richtung zu laufen.

Von Au: Wir brauchen eine ehrliche gesellschaftliche Diskussion, die nüchtern die Fakten und Zusammenhänge betrachtet und erkennt. Das Ergebnis sollte sein: Ja, wir wollen die Wirtschaft – und das nicht nur als politisches Lippenbekenntnis. Seit Jahren ist zu beobachten, dass Politik und gesellschaftliche Diskussion sich vor allem um die Verteilung von Wohlstand drehen und nicht mehr um die Fragen: Wo kommt der Wohlstand her? Worauf gründet er? Und wie kann er auch für morgen und übermorgen gesichert werden? Wir sollten uns nicht darauf verlassen, dass Wettbewerber auf der globalisierten Welt hier besonders auf unsere Befindlichkeiten in Deutschland Rücksicht nehmen.

Aber ist das nicht eine Kampfansage an die aktuellen Bestrebungen für mehr Klimaschutz und Engagements in diese Richtung?

Von Au: Nein, ganz und gar nicht.

Gedenken an Unfall-Tote

Berlin. Zu einer Gedenkminute für verunglückte Kollegen ruft die Gewerkschaft IG Bauen-Agrar-Umwelt (BAU) am Freitag, 26. April, um 12 Uhr auf deutschen Baustellen auf. Hintergrund ist der „Workers' Memorial Day“, der internationale Gedenktag für alle, die im Job einen Unfall hatten. Nach Angaben der Gesetzlichen Unfallversicherung gab es im Vorjahr 1,06 Millionen meldepflichtige Arbeitsunfälle in Deutschland, 741 davon mit tödlichem Ausgang. Die zentrale Gedenkfeier findet am Sonntag, 28. April, dem eigentlichen Workers' Memorial Day, in Berlin statt. – pnp



Die wiedergewählte Ausschussvorsitzende Petra Steinberger mit ihrem Stellvertreter Hans-Jürgen Honner (r.) sowie IHK-Hauptgeschäftsführer Alexander Schreiner. – Foto: IHK

Handel in digitalen Zeiten

Petra Steinberger als IHK-Ausschussvorsitzende bestätigt

Passau/Plattling. Petra Steinberger (Dictum, Plattling) bleibt Vorsitzende des Handelsausschusses der Industrie- und Handelskammer. Stellvertreter für die fünfjährige Amtszeit ist Hans-Jürgen Honner (Edeka Stadler + Honner, Ruhmannsfelden, Lkr. Regen).

Die Interessen des Groß- und Einzelhandels in der Region zu bündeln, die Themen des Handels in die Arbeit der Industrie- und Handelskammer einzubringen und entsprechende Positionen für die Vollversammlung vorzubereiten – das sind die zentralen Aufgaben des Handelsausschusses der IHK Niederbayern.

Neben dem Führungsduo Steinberger und Honner gehören dem Ausschuss 32 Unternehmer

unterschiedlicher Teilbranchen an, vom Online-Händler für Automobile über den Optiker bis zum Sportartikelanbieter. Mit rund 25 000 Unternehmen stellt diese Branche den Großteil der Mitgliedsbetriebe der IHK.

Zu ihren Schwerpunktthemen erklärte Petra Steinberger: „Der Handel steht vor großen Herausforderungen. Ein verändertes Kundenverhalten und der Einfluss der Digitalisierung gehören mit Blick auf das Verhältnis zum Online-Handel sicherlich dazu, gleichzeitig bietet die Digitalisierung aber auch viele Chancen für stationäre Händler. Dass diese nutzbar werden, dafür wollen wir uns im Handelsausschuss einsetzen.“ Als weitere Punkte nannte sie den im Handel heftig ausge-

prägten Fachkräftemangel, das steigende Ausmaß der Regulierung und die damit einhergehende Rechtsunsicherheit für Unternehmen oder Steuer-Ungerechtigkeiten in einer Branche, in der der kleine Laden in direkter Konkurrenz zu Online-Giganten wie Amazon steht. Zudem will Steinberger den Netzwerkgedanken stärken, um „uns auszutauschen und voneinander zu lernen“.

Vorträge beschäftigten sich mit Mitarbeitergewinnung. Korbini-an Falter (Centura, Pocking) stellte innovative Vergütungsbausteine vor; Stefan Würdinger (Zweirad Würdinger, Vilshofen) zeigte, wie sich mit „Businessbike“ ein E-Bike-Leasing im Unternehmen umsetzen lässt. – pnp